

# Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.  
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

2.  
Jahrg.

Der „Beobachter“ kostet vierteljährlich Mk. 2.10 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird beiteilt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5.

Samstag,  
14. Februar 1920

Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter“ weiteste Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.30 bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.

7.  
folge

## Um die Deutsche Volkspartei.

Mit Gefühlen eines hänglichen Mißbehagens denkt die regierende Mehrheit an die Wahlen. Das kann man ihr nachfühlen. Die Sozialdemokraten fürchten die Unabhängigen und Kommunisten, die Demokraten fürchten die Deutsche Volkspartei, das Zentrum fürchtet sich selbst; es geht zum ersten Male ohne innere Geschlossenheit in den Wahlkampf. Wie die Dinge zurzeit liegen, dürfte die Furcht der Sozialdemokraten vor den Radikalslinken unbegründet sein. Aber nur zurzeit! Schließt die Regierung den Termin der Neuwahlen so weiter ins Ungeheuerliche hinaus, so kann sich die günstige Lage noch gründlich in ihr Gegenteil verkehren. Dagegen ist die Sorge der Demokraten, die Deutsche Volkspartei könnte ihnen bei den Neuwahlen Abbruch tun, gewiß nicht unbegründet. Und begreiflich ist daher das Sehnen ihres Wahlministers Koch nach einer „bürgerlichen Einheitsfront“ für den Wahlkampf. Er hat in seiner Bremer Rede über den „Glück für das deutsche Bürgertum“ gesagt, daß es, „und namentlich die Schichten von Bildung und Besitz“, jeder neuen Zeit mit gespaltener Front gegenüberstehen müsse.

Minister Koch hat ganz recht, das ist ein Glück. Nach der Revolution wäre die beste Gelegenheit gewesen, das liberale Bürgertum davon zu erlösen. Damals aber waren die Demokraten kurzfristig genug, sich der politischen Führerschaft des bürgerlich-kapitalistischen „Berliner Tageblatts“ anzuvertrauen, wonach „die Kompromittierten“ nicht in die neue Partei hineinkörften. Die Kompromittierten, das waren die, die den deutschen Sieg gewollt hatten; würdig des Eintritts in die Demokratische Partei sollte nur sein, wer seinen politischen Befähigungsnachweis dadurch erbracht hatte, daß er auf die Predigten und Versprechungen Wilsons hineingefallen war. Damit war der Zusammenschluß des liberalen Bürgertums vereitelt, die vom „Berliner Tageblatt“ Erleuchteten gründeten zuerst die Deutschdemokratische Partei, und erst hinterher schlossen sich „die Kompromittierten“ zur Deutschen Volkspartei zusammen. Bei solchem Verlauf der Dinge heißt es wirklich von der Partei der „Kompromittierten“ etwas viel verlangen, wenn sie, die dem Wahlkampf mit den besten Aussichten entgegengehen kann, vorher noch rasch die Kurzsichtigkeit der Erleuchteten wieder gutmachen soll. Das könnte doch nur eine Wirkung haben, die auch den regierenden Parteien — mit

Ausnahme vielleicht des Zentrums — unerwünscht sein müßte; die nämlich, daß die Wählermassen, die heute noch bereit sind, die Deutsche Volkspartei zu unterstützen, über sie weg ins Lager der Deutschnationalen abzuwandern. Wir von unserem Standpunkte aus wenigstens wünschen den Deutschnationalen zwar einen kräftigen Zuwachs im Wahlkampf, vor allen Dingen an neuen Männern mit zeitgemäßen Reformgedanken; aber ein einseitiges Übergewicht wünschen wir ihnen nicht. Das würde weder dem Deutschen Reich noch ihnen selbst gut bekommen. Gegen die Gefahr eines einseitigen, konservativen Übergewichts ist eine selbständige, nach keiner Seite gebundene Deutsche Volkspartei unseres Erachtens unentbehrlich, und Herr Stresemann hat daher recht getan, wenn er das Preiswerben sowohl des Demokraten Koch wie des Deutschnationalen Graefe mit dem kühlen Hinweis abgelehnt hat: Es ist wählen!

Das ist keine Selbstüberhebung, das ist eine innerpolitische Notwendigkeit. Die Massen müssen gesprochen haben, ehe die Parteien handeln — und verhandeln können. Mit den Schlagworten von der „bürgerlichen Einheitsfront“ oder der „nationalen Einheitsfront“ wird man den Bedürfnissen des Bruchteils von 30 Millionen Wählern, der weder sozialistisch noch liberal wählen wird, heute nicht mehr gerecht. Das Vorhandensein einer bürgerlichen Opposition läßt sich durch die künstliche Bildung einer bürgerlichen Einheitsfront nicht aus der Welt schaffen. Und so erwünscht eine nationale Front ist, so unerwünscht könnte eine nationale Einheitsfront wirken, weil sie der Tatsache nicht genügend Rechnung trägt, daß das Reich nicht mehr von Arabien aus regiert werden kann. In einer Einheitsfront aber reißt immer der Radikalismus die Führung an sich, und eine der bitteren Erfahrungen, wofür wir das fürchterliche Beispiel des Zusammenbruchs gezahlt haben, ist doch die, daß der konservative Radikalismus der Graefe, Westarp, Herbebrand, Oldenburg nicht mehr repräsentativ ist. Die Ostelbier müssen auch ihre angemessene Vertretung im neuen Reichstag haben, selbstverständlich; aber unter ostelbische Führung darf sich die bürgerliche Opposition nicht begeben, wenn sie nicht auf die Millionen-Schichten der Angeklagten — von vornherein verzichteten will. „Aus lauter Kommerzianten kann man keine Partei bilden“, hat der verstorbene Bassermann einmal gesagt. Und Bassermann

war zwar kein willensstarker, aber ein kluger Mann. Der Großkapitalismus könnte sich mit dem Großgrundbesitz über eine Einheitsfront zur Not verständigen, eine Partei der Massen aber läßt sich darauf nicht aufbauen. Und bei 30 Millionen Wählern gilt schließlich nur die Massenpartei. Die Gefahr aber, die Minister Koch mit seiner Wahlarithmetik heraufbeschwört, daß jedes wirtschaftliche und soziale Gruppchen bei den Wahlen Partei spielen will, bedroht besonders den Bestand der Deutschen Volkspartei. Sie kann nur durch eine Taktik beschworen werden, die sich nicht einseitig von Augenblicksstimmungen leiten läßt, sondern die auch die Möglichkeiten einer weiteren Zukunft ins Auge faßt. In einer Zeit, wo das Zentrum bereits leise Fühler in der Richtung der alten „Schwarz-blauen“ Bundesbrüderschaft ausstreckt, war es daher zum anderen Flug von Stresemann, wenn er erklärte, er spreche auch von einer Koalition mit der Sozialdemokratie nicht zurück. Gibt man in der industriell-gewerblichen Arbeitsgemeinschaft um einen Tisch, so ist nicht einzusehen, weshalb man sich nicht auch um den gleichen Regierungstisch setzen sollte — wenn die Umstände danach sind.

Uns will scheinen, die Deutsche Volkspartei sei, wie sich unsere inneren Verhältnisse seit den Wahlen zur Nationalversammlung gestaltet haben, mehr denn je ein notwendiger Bestandteil des deutschen Parteiwesens. Er warte seine Selbständigkeit nicht aufgeben, ohne die Stetigkeit unserer inneren Entwicklung auf das äußerste zu gefährden. Wenn das vielleicht auch Herr von Graefe mit Wort haben will — der Minister Koch sollte dafür, wenigstens im stillen Kämmerlein, doch einiges Verständnis haben.

## Dr. Stresemann zur Rede des Ministers Koch.

In einer von der Deutschen Volkspartei in Frankfurt a. M. einberufenen Versammlung nahm Dr. Stresemann zu den Ausführungen des Reichsministers Koch über die Haltung der Deutschen Volkspartei gegenüber einer Koalition mit anderen Parteien Stellung. Dr. Stresemann betonte, daß Erörterungen über eine Koalitionsregierung sich überhaupt nur auf etwaige künftige Möglichkeiten beziehen könnten, da die jetzige Regierung und die jetzige Nationalversammlung nach seiner Meinung überhaupt nicht mehr berechtigt seien,

zu fungieren. Das Mandat der Nationalversammlung sei nach der Verabschiedung der Verfassung erloschen und damit entbehre auch die Regierung der parlamentarischen Grundlage, der sie zur Führung der Geschäfte bedürfe. Unter welchen Umständen sich die Deutsche Volkspartei nach den Neuwahlen bei einer Regierungsbildung beteiligen werde, müßte sich natürlich aus der politischen Lage ergeben, in der wir uns nach den Neuwahlen befinden. Der Reichsminister Koch hat offenbar der Meinung, daß die Deutsche Volkspartei irgend ein Bedürfnis habe, sich eine Teilnahme an der Regierung durch irgendwelche Opferung von Grundfragen zu sichern. Die Deutsche Volkspartei werde im Gegenteil eine Teilnahme an der Regierung abhängig machen von Voraussetzungen, die zunächst erfüllt werden müßten, um eine wirklich sachliche Einheitsfront für den künftigen Wiederaufbau des deutschen Staats- und Wirtschaftslebens möglich zu machen. Dazu gehöre die Rückführung des parlamentarischen Systems auf seinen Kern, nämlich die Führung der Reichsgeschäfte durch ein verantwortliches Reichsministerium, das sich auf das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages stützen muß. Aber darüber hinaus müsse jenes amerikanische Beizeugstück, das heute die wichtigsten sachlichen Beamtenstellen nach der Mitgliedsliste der regierenden Parteien verteile, unter allen Umständen aufhören. Die Deutsche Volkspartei fordere ferner die Mitwirkung einer Kammer der Arbeit bei der Entscheidung der großen wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen, um diese von parteipolitischen Leidenschaften frei zu halten, und weiter eine Verständigung über die in der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Zukunft grundsätzlich einzuschlagenden Wege, ohne die eine Wiederherstellung des internationalen Kredits Deutschlands nicht gedacht werden könnte.

Das alles ist ein sehr breiter Thron, über welche eine tatsächliche Diskussion erst möglich sei, wenn die Nationalversammlung ihr Mandat, das sie widerrechtlich ausübe, in die Hand des deutschen Volkes zurückgelegt hätte, nach Lösung der einzigen ihr noch verbleibenden Aufgabe, nämlich nach der Verabschiedung des Wahlgesetzes. Der Wahlsatz selbst werde von der Deutschen Volkspartei selbstverständlich nur unter schärfster Kronstellung gegen die heutige Regierungsmehrheit gefordert werden, mit deren gegenwärtigen, in ihrer Gefährdung zum Ausdruck kommenden Grundzüge jedes Fortschritts seitens der Deutschen Volkspartei ausgeschlossen sei.

### Die Notwendigkeit baldiger Neuwahlen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ beschäftigt sich in einem Aufsatz „Der Termin der Reichspräsidentenwahl“ mit den Ausführungen, die das Mitglied der Deutschen Volkspartei, Abgeordneter Bürgermeister Dr. Marekly, in Frankfurt (Oder) über die verhängnisvollen Wirkungen einer Hinausschiebung der Neuwahlen gemacht hat. Zunächst ist die Meldung der demokratischen Korrespondenz, Dr. Marekly habe zugegeben, daß der Bürgerkrieg von rechtsstehender Seite provoziert werden würde, falls die Wahlen im Frühjahr nicht stattfinden, unrichtig. Der Redner hat vielmehr erklärt, daß er für den Fall einer gewalttätigen und rechtswidrigen Hinausschiebung der Wahlen die Gefahr eines Bürgerkrieges für vorliegend erachte. Dieser Auffassung liegt die Kenntnis der Tatsache zugrunde, daß sowohl in den Bevölkerungsschichten, die zum wesentlichen Teile Bildung und gewerblichen Besitz im deutschen Volke darstellen, als auch vor allem in den linksstehenden Massen der Arbeiterschaft jede Verzögerung der Neuwahlen als eine Vergewaltigung der heutigen Minderheit aufgefaßt würde. Ein Versuch im Interesse der gegenwärtigen Mehrheitsparteien, die Nationalversammlung unter Verstoß gegen die von der Regierung selbstgeschaffene Rechtsgrundlage über das Frühjahr hinaus zusammen zu halten, werde eine ungeheure Erregung im Volke hervorrufen, und es sei nicht schwer voranzusagen, daß sich diese Erregung in einen gewalttätigen Widerstand gegen

die verbotene Entrechtung umsetzen wird. Mit der Begründung, die Nationalversammlung sei berufen, nicht nur die Reichsverfassung, sondern auch andere wichtige Reichsgesetze zu erlassen, könnte jede weitere Hinausschiebung der Neuwahlen bis zu irgend einem, den Mehrheitsparteien beliebigen Zeitpunkt vertretet werden. Mit solchen Nebenarten werden sich die zurzeit von jedem Einfluß auf die Regierung zurückgebrachten Kreise des Volkes nicht abweisen lassen. Wenn wirklich der Nationalversammlung bis zum Frühjahr noch ein großes Maß unverzüglich zu erledigender gesetzlicher Arbeit zugebracht werden sollte, so hätte die Nationalversammlung nicht auf so lange Zeit, wie das jetzt geschehen ist, vertagt werden dürfen. Sollten schwere Erschütterungen durch die gesetzwidrige Forttagung der Nationalversammlung eintreten, so sei es lächerlich, dafür diejenigen schelten zu wollen, die rechtzeitig vor den unheilvollen Wirkungen eines solchen ungesetzlichen Vorgehens gewarnt haben. Die Schuld würden diejenigen zu tragen haben, die aus Machtgier und Parteilichkeit das angeblich so hoch gehaltene Recht des freien Volkswillens beiseite gestoßen hätten.

Dieser ganze Gedankengang ist von ernster vaterländischer Sorge getragen und enthält eine rechtzeitige Warnung vor drohenden Gefahren. Es gehört die ganze offiziöse Beredungskunst dazu, um daraus einen „Bolschewismus von rechts“ zu machen, wie es die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zu tun mag. Aus dem Gehäsen dieses Blattes spricht allerdings das schlechte Gewissen der Mehrheitsparteien, die sich ihrer Schuld wohl bewußt sind, es aber nicht wagen, sich dem Urteilspruch der Wähler zu stellen.

### Wie wir regiert werden.

Wie wenig unsere Regierung ihr Handwerk versteht, beweisen zwei Vorfälle der letzten Zeit. Der eine betrifft die innere, der andere die äußere Politik. Vor ein paar Wochen haben die besten Kenner unseres Ernährungswesens und unserer landwirtschaftlichen Erzeugung auf die ernste Gefahr unserer Brotversorgung hingewiesen. Es war nach ihren Darlegungen kein Zweifel, daß eine Herabsetzung unserer Brottraktion in sicherer Aussicht stand, wenn es nicht der Getreidebestelle gelang, in letzter Stunde für eine Auffüllung ihrer Lager zu sorgen. Das wäre aber nur mit ausländischem Mehl oder Getreide möglich gewesen, und da ist es selbstverständlich, daß dieses Mittel bei dem jetzigen Stande unserer Geldwährung nur als allerletztes Ausfallsmittel in Frage kommen kann. Die Regierung ließ damals erklären, die ganze Schwarzmarkerei sei grundlos, die jetzige Brottraktion sei auf absehbare Zeit sichergestellt. Ganz kurz darauf kam dann die nach solcher Zuversicht immerhin überraschende Mitteilung, die Ausmahlung des Getreides müsse wieder bis auf 90 Prozent erhöht werden, ein Beweis, daß aller Grund vorhanden war, mit dem Getreide auf so frarsamste zu wirtschaften. Und nun wird uns wieder nur kurze Zeit darauf, die wenig erbauliche Mitteilung gemacht, daß doch eine Verflüchtigung der Brottraktion eintreten muß. Was soll man zu einer solchen Regierungsmethode sagen? Wachte die Regierung vor ein paar Wochen trotz aller sachverständigen Urteile nicht, welchen Lauf die Entwicklung nehmen würde, so kann man sich nur über den Mangel an Sachkenntnis und an Weitblick wundern, mit dem auf den wichtigsten Gebieten unseres staatlichen Lebens gewirtschaftet wird. Wachte sie es aber und gab sie trotzdem lediglich zur Beruhigung irreführende Meldungen aus, so wäre ein solches Verfahren noch schärfer zu verurteilen. Im übrigen ist auch diese bittere Mahnung wieder ein Beweis dafür, daß das System unserer heutigen Zwangsbewirtschaftung auf die Dauer unhaltbar ist. Es fängt schon im Februar an, bei der Brotversorgung der Bevölkerung

zu versagen. Was soll dann erst in den kommenden Monaten werden?

Und nun die äußere Politik. Die Regierung veröffentlicht mit der Selbstgefälligkeit und der Selbstzufriedenheit, die dem neuen System eigen sind, die Liste der neu ernannten deutschen Diplomaten. Inzwischen hat sie bereits zwei Namen von dieser Liste streichen müssen, den einen, weil er der spanischen Regierung nicht genehm war, den anderen, weil man in Rom von dem angekündigten Besuch nichts wissen wollte. Es hängt natürlich mit unserer staatlichen Ohnmacht zusammen, daß man uns derartige Zurückweisungen zu erwarten wart. Aber jeder Regierungsleiter weiß, daß es selbst unter den früheren internationalen Machtverhältnissen üblich war, sich erst in jedem Einzelfalle zu vergewissern, ob man für den diplomatischen Posten den richtigen Mann gewählt hatte. Die neue deutsche Regierung hat das natürlich nicht nötig. Sie hat ja alles abgeklärt, was irgendwie nach altem System schmückt, und so läßt sie Herrn Müller hierhin und Herrn Maier dorthin. Die internationalen Bloßstellungen, die bei solchem Verfahren unvermeidlich sind, kommen dann auf das Konto des Deutschen Reiches. Wir haben es wahrlich schwer, uns wieder im internationalen Leben zurecht zu finden. Daß man unter diesen Umständen gerade im Auswärtigen Amt den größten und plattesten Dilettantismus wirtschaften läßt, verbietet uns auch noch die letzte Chance. Aber die Partei kommt natürlich auf ihre Kosten.

### Betriebsräte und Koalitionsfreiheit.

Wie die bisher schon bestehenden Betriebsräte vielfach über die Koalitionsfreiheit denken, ergibt sich aus den Beispielen, die in der letzten Zeit bekannt geworden sind. So bestehen seit Mai vorigen Jahres Betriebsräte im Ruhrbergbau. Der Betriebsrat einer Zeche wollte einen Organisationszwang einführen, indem er (natürlich ohne sich vorher mit der Leitung ins Benehmen zu setzen), folgenden Anschlag machte: „Achtung! Belegschaftsmitglieder! Achtung! Vom 13. 8. bis 18. 8. findet auf unserer Schachtanlage eine Bülcherkontrolle statt. Jedes Belegschaftsmitglied hat bis zum festgesetzten Termin das Mitgliedsbuch oder die Mitgliedskarte auf dem Betriebsratszimmer während des Schichtwechsels abzugeben. Die Kameraden werden ersucht, ihre Beiträge zu regeln. Keiner darf mit seinen Beiträgen im Rückstand sein. Alle Unorganisierten werden durch Anschlag der Belegschaft bekanntgegeben. Mit Glück auf! Der Betriebsrat.“ Auf einer anderen Zeche wurde von Mitgliedern des Betriebsrates folgende Bekanntmachung erlassen: „Am Dienstag, dem 1. Juli 1919 findet auf allen Schächten der Zeche . . . eine Kontrolle der Mitgliedsbücher der anerkannten und zur Arbeitsgemeinschaft zugelassenen Organisationen statt. Die Mitgliedsbücher müssen am Tage der Kontrolle in Ordnung sein. Bei den in nächster Zeit abzuschließenden Tarifverträgen werden Unorganisierte und sogenannte „Gelbe“ (Arbeiterbund) nicht berücksichtigt und zur Arbeit nicht mehr zugelassen.“

Ähnliche Fälle sind aus dem mitteldeutschen Bergbau bekannt geworden sowie von verschiedenen Berliner Firmen. Von diesen ist besonders erwähnt der Vorfall bei der Firma Subitatis u. Co. in Alt-Borsdorf, wo nach einem Bericht des „Vorwärts“ der Betriebsrat sich rühmen kann, Kautschschläge und Zucktritte als beweiskräftige Argumente in Betriebsversammlungen eingeführt zu haben. Dort erklärte ein unabhängiger Obmann des Betriebsrates, daß die S. B. D.-Kollegen ja nicht wagen sollten, an den Betriebsrat heranzutreten, damit ihre Interessen durch ihn vertreten würden.

Ebenfalls nach Meldung des „Vorwärts“ erklärte in einem Betrieb der Adlerwerke der bei der Einstellung von Arbeitskräften mitwirkende Obmann des Arbeitsrates, Fests, einem S. B. D.-Arbeiter: „Du mußt aber Vollzugsratsarbeiten

leben, sonst können wir dich nicht einstellen", und auf die Antwort: Parteipolitik gehöre doch nicht hierher, antwortete er: „Ja doch, hier wird Parteipolitik getrieben“.

Ebenfalls im „Vorwärts“ ist ein ausführliches Protokoll der Sitzung von Firmenvorstreitern der Firma Danneberg & Quandt, Metallwarenfabrik in Berlin, und dem Arbeiterausschuß vom 1. Oktober 1919 enthalten. Daraus geht mit aller Bestimmtheit hervor, daß tatsächlich Arbeiterräte es für einen Ausschließungsgrund halten, wenn ein Arbeiter der Mehrheitssozialdemokratie angehört. Angeführt sei die Äußerung des Herrn Boddenberg (Arbeitervertreter): Seine Meinung gehe dahin: Die Betriebsleitung prüft die Tüchtigkeit des Arbeiters, der Arbeiterausschuß dagegen die politische Richtung. (1) Die Firma habe das größte Interesse daran, gleichartig gesinnte Leute zu beschäftigen, damit unnötige Unterhaltungen über Politik unterbleiben, die sich andernfalls nicht vermeiden ließen. (2) Alle Arbeiter müßten jetzt gewerkschaftlich oder politisch organisiert sein.

Diese Beispiele lassen für die politische Freiheit und für die Koalitionsfreiheit in der Zukunft das Schlimmste befürchten.

### Ist durch Lohnerhöhung eine Besserung der Lebenshaltung zu erreichen?

Die Arbeiterschaft läßt sich bei ihren meist übertriebenen Lohnforderungen von dem Gedanken leiten, daß erhöhte Löhne auch eine Steigerung ihrer Kaufkraft zur Folge haben müßten. Daß das Bestreben nach immer höheren Löhnen aber zum entgegengesetzten Ziele führen muß, wird in Heft 15/16 der von A. Calwer herausgegebenen Wochenschrift „Die Konjunktur“ in überzeugender Weise dargelegt. Unter der Überschrift „Automatische Lohnanpassung“ wird u. a. geschrieben:

Die immer rascher vor sich gehende Steigerung der Lebensmittelpreise hat die Arbeiter mit der Regelung der Löhne durch die bisherigen Tarifverträge unzufrieden gemacht. Es ist der Gedanke aufgetaucht, die Löhne gewissermaßen automatisch der Bewegung der Lebensmittelpreise anzupassen, so daß jede Verteuerung des Lebensmittelunterhaltes ohne weiteres eine entsprechend starke Erhöhung der Löhne zur Folge haben soll. Volkswirtschaftlich ist der Gedanke durchaus zu verwerfen, da die Arbeiter durch seine Durchwirkung ihre Lage nicht im geringsten verbessern werden, wohl aber die sich gegenwärtig schon vollziehende Verschlechterung für die gesamte gewerbliche Arbeiterschaft beschleunigt werden wird. Die Verwirklichung des volkswirtschaftlich ganz verkehrten Gedankens ist überhaupt nur möglich, wenn die Geldverwässerung mit Hochdruck betrieben wird. Die Arbeiter haben den dringenden Wunsch, sich die zum Unterhalt nötigen Lebensmittel kaufen zu können. Die Vorräte an Lebensmitteln sind aber nicht so groß, um diesen Wunsch auch nur annähernd erfüllen zu können. Entweder ein Teil der gewerblichen Arbeiter kann lebensfähig erhalten werden, dann muß aber schon ein großer Teil dem Hunger überliefert werden, oder aber die Gesamtheit der Arbeiter muß immer mehr auf eine ausreichende Ernährung, Bekleidung usw. verzichten. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht, da eben keine Wunder auf dem so nüchternen Gebiete der Wirtschaft passieren. Führt man die automatische Lohnanpassung ein, so verurteilt man die Gesamtarbeiterschaft zum allmählichen Verhungern. Denn damit, daß man ihnen bei jeder Steigerung der Lebensmittelpreise Papierscheine in die Hand drückt, deren nomineller Wert die Steigerung der Lebensmittelpreise ausgleicht, gibt man diesem Papiergeld noch lange keine Kaufkraft für mehr Lebensmittel. Denn da die Vorräte an Lebensmitteln knapp bleiben und vorläufig immer knapper werden, so werden die in den Verkehr gepumpten Papierscheine nichts anderes bewirken, als daß die Preise für die Lebensmittel noch viel viel rascher und heftiger steigen, als das bisher beobachtet werden konnte. Steigen die Lebensmittel z. B. um 10 Prozent und folgen nun die

Löhne mit 10 Prozent Steigerung in kürzester Zeit nach, so wird die Folge sein, daß die Lebensmittel, die inzwischen sich nicht im geringsten vermehrt haben oder vermehren konnten, statt um nur 10 Proz. gleich um 15 und 20 Proz. weiter steigen werden. Der Wettlauf zwischen Lebensmittelpreisen und Löhnen wird noch toller werden als bisher, ohne daß freilich die Löhne jemals die Lebensmittelpreise einholen könnten. Diese vergebliche Jagd kann mit Hilfe der Notenpresse einige Zeit vor sich gehen, aber es ist gar kein Zweifel, daß bei dieser Jagd die Arbeiterschaft den kürzeren ziehen und zusammenbrechen muß. Mit noch so viel wertlosen Papierscheinen kann man die Arbeiterschaft nicht satt machen. Lebensmittel lassen sich mit der Notenpresse nicht aus der Luft zaubern. Die Zwangswirtschaft dagegen sorgt dafür, daß die Gesamtheit der Lebensmittel unausgesetzt in der Abnahme begriffen bleibt. Die automatische Lohnanpassung ist ein neues Trugbild, hinter dem das Gespenst des Hungers sich versteckt hält.

### Kopfarbeit und Handarbeit.

Von Christine Huber-Schwarzkopff.

Aus dem Altertum ist eine Fabel bis auf unsere Tage erhalten geblieben: Die einzelnen Glieder des Körpers empörten sich schon lange darüber, daß der Magen warm und bequem in der Mitte des Körpers sitze und nichts zu tun habe, während alle anderen Glieder arbeiten müßten, um ihn zu ernähren. Die Füße wollten sich nicht mehr regen, die Nahrung herbeizuschaffen, die Hände sie nicht mehr bereiten und zum Munde führen, die Zähne sie nicht mehr kauen und die Zunge sie nicht mehr schlucken. Als auch die Augen und Ohren meinten, ihren Teil an der Arbeitsverweigerung beizutragen zu müssen, wurde der Magenbeiz still gelegt. Die Folgen traten nur zu bald ein, die Glieder wurden nicht mehr ernährt; denn der Kraftstrom, der ihnen sonst täglich und stündlich neue Stoffe zuführte, versagte. An dem Schwenden ihrer eigenen Kräfte merkten die frierenden Glieder, was sie angerichtet hatten, und nahmen die Arbeit wieder auf, ehe sie durch ihre eigene Torheit zugrunde gerichtet wurden.

Dieses Märlein ist seltsam modern; nur daß wir heute die Rolle des Magens dem Gehirn zu teilen würden, über dessen zentrale Funktionen jener schlichte Mann des Altertums nicht unterrichtet sein konnte, wie wir es dank unserer besseren anatomischen Kenntnisse sind. Das Gebilde eines Wirtschaftskörpers an sich gestattet unbedingt den Vergleich mit einem menschlichen Organismus, dessen Zentralinstanz ein geistiger Mittelpunkt, ein Gehirn, ist und dessen Funktionen von einzelnen verschiedenerartig gebauten Gliedern ausgeführt werden. Wenn wir von jener Zeit absehen, in der der Mensch im Urzustand in der Art, wie er sich seine eigenen einfachen Gesetze gab und nach ihnen seinen täglichen bescheidenen Bedarf erarbeitete, einen Wirtschaftskörper im kleinen darstellte, so ist inzwischen in der Entwicklung der Menschheit bis zu ihrer heutigen Form, der Wirtschaftskörper eines Volkes ein ungeheures kompliziertes Gebilde geworden. Arbeitsgemeinschaft und Arbeitsteilung haben den Einzelnen zunächst seiner zentralen Stellung im Wirtschaftsleben beraubt und es bleibt seinen Fähigkeiten und seinem Wissen, kurz seiner Persönlichkeit überlassen, sich seinen Platz an einer Stelle zu erwerben, an der die gesamten Fäden zusammenlaufen und die geistigen Kräfte zur Befruchtung des Ganzen ausgelöst werden. So haben sich im Laufe der Zeiten die Aufgaben der Kopf- und Handarbeit im Wirtschaftsleben voneinander getrennt, nur daß sie natürlich nicht in dieser schroffen Gegenüberstellung voneinander unterschieden werden können, sondern in tausendfachen Schattierungen ineinander übergehen.

### Die Entrechtung der Arbeiter durch die Revolution.

Die Sozialdemokraten sind den Arbeitermassen gegenüber in einer höchst unangenehmen Lage; statt der verheißenen glücklichen Zeit unter der Herrschaft der Obergesossen erleben sie immer drückender werdende Notstände. Das letzte Schlagwort, was darüber hinweg helfen soll, ist nun der Trost: Mag es gegenwärtig auch so schlecht sein, aber die Arbeiter sind doch durch die Revolution befreit worden! Es wäre zwar nicht leicht zu sagen, wovon sie befreit sind; denn der frühere Zustand erscheint heute manchem Arbeiter und vor allem den Arbeiterfrauen als das verlorene goldene Zeitalter. Die Phrase jedoch von der Befreiung des Proletariats ist zu süß, als daß man nicht noch ein wenig in ihr schwelgen sollte. Und ist nicht etwas daran? Die „Bourgeoisie“, das Bürgertum ist aus seiner bisherigen Stellung im politischen und wirtschaftlichen Leben verdrängt, und es ist ein Klassenstaat errichtet, der für das Bürgertum bald nur noch die Pflicht zum Steuerzahlen bis zur Verblutung der Rechte hingegen nur für die Arbeiter im sozialdemokratischen Sinne kennen will.

Aber von der Freiheit merken die Arbeiter trotzdem nichts. Denn sie besteht in Wirklichkeit in der Einspannung in die sozialistische Organisation. Willst du ein Recht haben, Geld zu verdienen, zu leben, so mußt du nachweisen, daß du sozialistisch organisiert bist. So schallte es selbst den freien aus dem Felde oder aus der Gefangenschaft Heimgekehrten entgegen. Die christlich organisierten Arbeiter wie die Hirsch-Dunderschen wissen von dem Terror der sozialdemokratischen Genossen genug zu erzählen. So sah sich, um nur ein Beispiel anzuführen, die Versammlung der Vorstände der im Kartell der christlichen Gewerkschaften vereinigten Organisationen gezwungen, einen entrichteten Protest gegen den sozialdemokratischen Terrorismus auf dem Berliner Schlachthof zu erheben, und „vom Magistrat unverzüglich einen wirksamen Schutz der Koalitionsfreiheit und des Rechts auf Arbeit zu fordern“. Klagen über gewalttätige Brakssmachungen der nicht roten Arbeiter sind auch im Parlament von Seiten des Zentrums erhoben worden. Aber unsere jetzige sozialdemokratische Regierung und die ihr nahestehende Presse hat für Beschwerden, die von christlicher und nationaler Seite kommen, selbst wenn es sich um brutale Gewalttaten handelt, nur ein Adjektiv, ja, der Terror wird wohl gar noch beschönigt.

Gleichzeitig aber klagen die sogenannten Mehrheitssozialdemokraten selbst bitterlich über den terroristischen Druck, den die Arbeiter ihrer Richtung von den Unabhängigen und Kommunisten zu erleiden haben, und der wachsend ist, je mehr die Linksradikalen das Übergewicht über die Regierungsgewalt erhalten. Ganz eigentümliche Zustände entwickeln sich da. So schiederte (nach der „Ostpreussischen Zeitung“) in einer Versammlung in Sensburg ein Sozialdemokrat, der an diesem Abend zur Deutschnationalen Volkspartei übertrat, „die neue Freiheit, unter der er in Königsberg je nach der Arbeitsstätte gezwungen worden sei, bald S. P. D. er, bald U. S. P. D. zu werden“. Und höchst beweglich jammerte das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der „Vorwärts“, über den Terrorismus der äußersten Linken, der bei den Streiks und Unruhen am blutigen 13. Januar 1920 in Berliner Fabrikbetrieben ausgeübt worden ist. So erzählte er u. a. von einem fünfzehnjährigen Mädchen, das als eins der Opfer am Reichstagsgebäude fiel, wie es gegen seinen Willen mit in den Demonstrationenzug hineingedrängt und, als es später entweichen wollte, gezwungen worden sei, weiter mitzukommen, bis es die Kugel traf. Auch von einem an-

dem der Opfer, einem Arbeiter, steht fest, daß er nur unter dem Druck seiner unabhängigen Kollegen an den Kundgebungen teilgenommen hat, die ihm das Leben kosteten.

So also sieht die Befreiung der Arbeiter durch die Revolution aus! Die brutale Gewalt der jetzt den betreffenden Platz beherrschenden Sozialistenrichtung bestimmt über Wohl und Wehe, Gesundheit und Leben der Arbeiter. Und die Regierung steht machtlos daneben. Das bewies eine amtliche Auslassung, die am 26. Januar durch die Presse ging. Da heißt es über die Meldung von Arbeitswilligen in den Eisenbahnwerkstätten, die bekanntlich wegen des Treibens der Radikalen geschlossen waren: „In Salze (Magdeburg) und Jena hatten die radikalen Elemente besondere Vorkehrungen getroffen, um die auch hier zahlreichen arbeitswilligen Arbeiter an der Meldung zu verhindern. Für ausreichenden Schutz der Arbeitswilligen ist überall gesorgt.“ — Der reine Hohn, eine solche Phrase! Wenn die Staatsgewalt nicht mehr so weit reicht, daß sich die Arbeitswilligen auch nur melden können, worin besteht da ihr Schutz? Wie es scheint, nur darin, daß man sie verhindert, sich den durch den Terror gefährdeten Betrieben zu nähern! Unter dem alten System verstand man unter dem Schutz der Arbeitswilligen doch etwas anderes! Damals herrschte freilich auch noch nicht so wie heute die Willkür der Straße, sondern es soll's noch Recht für alle Staatsbürger, auch für die Arbeiter, gelten. Die Revolution hat das geändert, hat durch die Entfesselung der Zügellosigkeit alle entrechtet, vor allem auch die scheinbar befreiten Arbeiter.

### Ratlose Zeit.

A. Wurm bach - Pittfeld.  
O, was ist das ein Gerüttel,  
Tausend Räte und kein Rat!  
Herrlich weit sind wir gekommen  
Nun im ein'gen, deutschen Staat.

Und wer soll die Zeit enträtseln?  
Tausend Räte und kein Rat!  
Babylon'sche Verwirrung  
Herrscht im ein'gen deutschen Staat.

Nie war guter Rat so teuer  
Als in dieser Rätezeit,  
Da es über Nacht vom Himmel  
Räte über Räte schneit.

### Frauen am Scheidewege.

Von Luise Marelle.

„Aller Anfang ist leicht, die letzten Stufen werden am schwersten und seltensten erstiegen.“ — Wer dies Goethe-Wort bis zu Ende durchdenkt, wird seine Richtigkeit tätigen müssen. Im Gegensatz zu dem Spruch des Volksmundes: „Aller Anfang ist schwer.“

Angewandt auf die Mündigkeitsprüfung der Frauen, als stimmberichtigte, ja verehrte Staatsbürgerinnen und politische Mitarbeiterinnen des Mannes, bestätigt es sich ebenfalls.

Verhältnismäßig klein ist die Zahl der Frauen, wenn man der Millionen wohlberechtigter Bürgerinnen gedenkt, die „die letzten und schwersten“ Stufen emporsteigen zum Tempel tieferer Erkenntnis, denen es bitterer Ernst ist um die Erfüllung ihrer Pflichten, die die Gefahr und die Forderung der Stunde verstehen. Beschäftigung mit der Politik und Ausübung staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten ist kein Sport, keine Fertigkeit, die man sich in einigen Monaten, in kurzer Lernzeit, aneignet, der ganze Mensch, die Seele müssen ergriffen werden von dem Ernste, der Verantwortung der neuen Aufgaben, die den Charakter nicht verfeinern, sondern ausbilden und festigen sollen. Auch hier kann und darf die Eigenprägung der Frauen Art und Arbeit nicht verwischt werden. — Vermännlichung äußerlicher Art würde Abschwächung innerlicher Kraft bedeuten und die Frau soll eine neue, ihre Note

in das öffentliche, auch in das Parteilieben tragen. Zu solcher Kulturmission aber bedarf es entwickelter Persönlichkeit, von denen es heißen kann: „Ein edler Mann wird durch ein gutes Wort der Frauen weit geführt“ (Schopenhauer). Frauen, die in der Stille an sich arbeiten, tun uns not, Kulturträgerinnen, die die uns so bitter nötigen Kulturwerte pflegen, Hüterinnen der Sitte, Bildnerinnen der kommenden Generation. — Wenn wir Hegels Definition annehmen, daß „der Staat die Ausführung des vernünftigen Einzelwillems ist“, so muß sich eben jeder Staatsbürger und jede Staatsbürgerin zu vernünftigem Willen durchringen und erziehen. Vernünftig den Willen auf die Erreichung bestimmter Ziele im Allgemeininteresse richten, kann man nur aber, wenn man Ziele und Wege gründlich prüft und kennt, nicht nur ein Ziel und einen Weg, den andere für den richtigen benommend erklären. Man muß versuchen, sich selbst lernend vorwärts zu tasten durch Dornen- und Wundenpfad, Schritt für Schritt, — nicht sprunghaft, von der Menge mitgerissen — Erkenntnis gilt es vor das Bewusstsein zu legen.

Kenntnisse aber müssen methodisch erworben, nicht halb verstanden, ausgegriffen und weitergetragen werden.

Für die meisten Frauen sind ja doch die Begriffe „Volks- und Finanzwirtschaft“, „Steuerwesen“, „Valuta“, „Weltwirtschaftsmarkt“ noch Neuland. Die ganze Struktur des Staates muß ihnen erst klar werden, sie müssen nicht nur aufhören und äußerlich lernen, — zu innerem klaren Schauen müssen sie gelangen. Wenn sie eindringen in alle die Zusammenhänge des Großen und des Kleinen, in die feinsten Verästelungen des Wirtschaftslebens, in ein Bild machen von dem Gefüge des Staatskörpers, in dem Zirkulationsstörungen ebenso verhängnisvoll wirken, wie Blutumlauf- und Stoffwechsel-Mangel im menschlichen Körper, — dann begreifen sie auch Wert und Verantwortung des Einzelnen im Verhältnis zum Ganzen, den Wert des „vernünftigen Willens“ und der „einzelnen Stimme“.

Allorten bemühen sich führende Männer und Frauen, aufklärende, in die wichtigsten Kreise der Staatslehre, der Bürgerkunde, der Volks- und Finanzwirtschaft, der Parteibildungen und Programme, der neuen Verfassung, der Fragen der Außenpolitik, des Völkerbundes u. a. Probleme einfließende Vorträge und Unterrichtskurse einzurichten. Leider werden vielfach enttäuschende Erfahrungen gemacht und die Forderung von Seiten der Frauen entspricht nicht den berechtigten Erwartungen, die man an ihre Belehrungsbedürfnis, ihren Lerneifer knüpfte. „Das haben wir ja alles schon im vorigen Jahre bei der Wahlvorbereitung gehört“, ist sehr oft die vorläufige Antwort, leider häufig bezeichnend für den Feststand des Verstandes der zugefallenen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten und der damit verbundenen Verantwortung.

In erfreulicher Weise ist es der zweiten Vortragsreihe des Reichsfrauenbundes, der Deutschen Volkspartei, Frau von Oheimb gelungen, in Goslar am Harz, zum zweiten Mal im Jahresrhythmus, mit großem Erfolge einen parteilosen, politischen und kulturellen „Ausbildungskursus“ zu veranstalten. Nachdem der erste Kursus im Mai mit seinen Vorträgen, Unterrichts- und Nebenveranstaltungen — Übung im Abfassen von Zeitungsnotizen, Referaten, Diskussionsbeiträgen usw. — von insgesamt circa 4000 Personen besucht war, meldeten sich auch zum zweiten sehr beherzten Kursus, dessen Ehrenvorsitzender Geheimrat Prof. Dr. Kahl, Berlin, M. d. R., war, außerordentlich viel Teilnehmer. Hervorragende Gehörte, politische Redner der verschiedenen bürgerlichen Parteien, bewährte Rednerinnen und Lehrkräfte waren gewonnen und eine achobene vaterländische Stimmung, ein aufstrebender Geist verband Lehrende und Lernende auch in den gemeinsamer Erholung und Unterhaltung gewidmeten Stunden.

Es ist zu hoffen, daß dem Wunsche der Vorlesenden, auch in anderen Städten des Reiches solche Kurse einzurichten zu können, entsprochen wird. Anstehen sind u. a. in den „Nationalen Verband deutscher Frauen“, Vorsitzende Frau von Oheimb, Goslar a. Harz, Oberer Triftweg Nr. 30,

Hinter dem Wollen, dem angewandten Wissen, muß die Tat stehen. Auf die Erkenntnis wird dann naturgemäß das Bewusstsein folgen, im politischen staatsbürgerlichen Leben das Bewusstsein zu einer Partei, denn nur Zusammenschluß vieler kann Interessen der Einzelnen vertreten, Ziele nachdrücklich und erfolgreich erstreben.

### Die Politik der Woche.

Die Liste derjenigen Männer, deren Auslieferung die Nachsicht und heuchlerische Tüde der Feinde verlangt, ist nunmehr bekannt. Sie übertrifft an furchtbarer Bosheit alles, was man im deutschen Volke erwartet hatte. Schrecklich ist besonders das Erwachen derjenigen, die, getäuscht von der Erzberger'schen Preschmache, immer noch glauben wollten, es handle sich nur um Drohungen, denen nach hinreichend bewiesenem guten Willen Deutschlands dann eine mildere Handhabung folgen werde. Die völlige sittliche Vernichtung Deutschlands, der deutschen Nation bezwecken die Feinde. Das zeigt diese lange Zusammenstellung der Namen, die sogar an Hindenburg nicht vorübergegangen ist. Alle unsere Männer, die in der Verteidigung des Vaterlandes an hervorragender Stelle gestanden haben, werden zur Aburteilung vor das feindliche Blutgericht gefordert. So ist es für die Betroffenen geradezu eine Ehre, mit auf dieser Liste zu stehen; man wird davon künftig mit Stolz sprechen, wie von den Opfern der Schergen Napoleons. Selbst auf diejenigen der da Aufgezählten, die sich vielleicht tatsächlich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht haben, fällt sonach ein reinigendes Licht; nicht um ihrer etwaigen Verfehlungen willen verlangt man ihre Auslieferung, sondern nur, um dem Massenmord an der Blüte deutschen Heldentums den Anschein von Recht zu geben. Wir hoffen, daß die Regierung in ihrem Widerstande festbleiben wird. Das Vorspiel, das unser neuer Vertreter, Herr Mayer, in Paris gegeben hat, muß eine diplomatische Enttäuschung bleiben. Herr Mayer hat nach der Meldung Pariser Blätter den französischen Ministerpräsidenten M. Herland des guten Willens der deutschen Regierung versichert, aber hinzugefügt, daß diese fürchte, bei der Ausführung der Auslieferungsnote auf unüberwindlichen Widerstand u. Ungehorsam zu stoßen. Wenn die Regierung wirklich in diesem unsagbar schwächlichen Geiste an die Auslieferungsnote herantritt, so gibt sie den wertvollsten Boden preis. In ihr selbst muß der Widerspruch bis zum Äußersten und bis zur letzten Konsequenz lebendig sein. Sie selbst muß sich aus Gründen der nationalen Ehre weigern, die Auslieferungsnote zur Ausführung überhaupt entgegenzunehmen. Beruft sich die Entente auf den Friedensvertrag, so gibt es nur eine Antwort: Die Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages sind für uns ein Stück Papier. Die Exzessivität im Sommer vorigen Jahres betrachten wir als ungültig. Nur diesen einen Weg gibt es für die Regierung, und diesen einen muß sie gehen, mag auch die Entente das Äußerste drohen und das Letzte wagen. Es wäre ein Bild von ewig unlösbarer Schmach, wenn wir erleben sollten, daß Holland den Kaiser schützt und Deutschland seine Landeskin der mit eigener Hand dem Feinde preisgibt.

Die deutsche Regierung begegnet dem Auslieferungsverlangen der Entente mit einem gewissen Fatalismus. Nach ihrer Ansicht hat sie alles getan, was nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages überhaupt getan werden konnte. Auf die Waffe der nationalen Ehre und Würde hat sie von vornherein Verzicht geleistet, in der Annahme, daß sie sich mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages die Hände doch gebunden habe. Sie beschränkt sich daher auf die Hervorhebung der vollen, praktischen Unmöglichkeit, die Forderung der Entente zu erfüllen. Im übrigen ergibt sie sich in ihr Schicksal. Was nun noch

kommt, steht nicht mehr in ihrer Hand. Ist das wirklich der richtige Weg? Ganz gewiß nicht. Eine Regierung, die in einer so entscheidungsvollen Stunde nichts anderes zu tun weiß, als den Dingen ihren Lauf zu lassen, kann unmöglich ihrer Aufgabe gerecht werden. Warum betritt Herr Bauer nicht die Plattform, die ihm durch das schmählische Ansehen unserer Feinde gegeben ist? Warum erklärt er nicht im Namen der Regierung und des deutschen Volkes, daß es eine unerhörte und schändliche Sache ist, den Artikel 228 des Friedensvertrages auf alle unsere Heerführer unter- schiedslos anzuwenden? Daß wir es mit Ent- rüstung und Empörung zurückweisen müssen, auch den nationalen Helden Hindenburg unter denjeni- gen aufgezählt zu finden, die als Kriegsverbrecher ausgeliefert werden sollen. Daß auch in diesem Augenblick die Regierung davor zurückscheut, mit einem Ehrenbekenntnis vor Hindenburg und unsere Heerführer zu treten, daß sie nur immer wieder ihre Unfähigkeit beteuert, die Bedingungen zu er- füllen — dieses ganze Gebaren wirkt nieder- schlagend und schwachmütig in einem Augenblick, in dem das deutsche Volk durch flammende Worte und kraftvolle Handlungen zu äußerster moral- schen Widerstand gegen den Druck der Entente emporgerissen werden muß. Wir können leider nicht anerkennen, daß die Regierung sich dieser Aufgabe gewachsen zeigt. Freilich erntet sie jetzt das Unheil, das sie im Juni vorigen Jahres durch ihre Unterwerfung unter den Willen der Entente gesät hat. Sie trägt deshalb auch die Verantwor- tung für das, was jetzt noch über uns kommen wird. Was wir immer wieder vorausgesetzt haben, ist eingetroffen: Die Durchführung des unerfüll- baren Friedensvertrages wirft uns immer wieder dahin zurück, wo wir im Juni vorigen Jahres ge- standen haben. Sie stellt uns immer wieder vor die Frage, ob wir den Ententeschreden ohne Ende ertragen oder uns durch eine Tat unerschütter- lichen moralischen Widerstandes von dem schlimm- sten Druck befreien wollen. Was der Krieg nicht vollbrachte, soll der Frieden noch schaffen. Das deutsche Volk hat noch einmal sein Schicksal in der Hand und wird es meistern müssen, wenn es nicht untergehen will.

Ein Wort über das, was die „Reform des auswärtigen Dienstes“ in diesen Tagen der Öffentlichkeit als äußerste Leistung gezeigt hat: Bisher sind zwei der auf Grund eines Vor- schlages des Auswärtigen Amtes durch Kabinetts- beschluß zu Geschäftsträgern ernannten deutschen Vertreter von den Regierungen der Länder, in die entsandt werden sollten, als „nicht er- wünscht“ bezeichnet worden; ein dritter, bereits zum Gesandten ernannter Vertreter kann seine Stellung nicht antreten, weil der anderswo „uner- wünschte“ Vorgänger offenbar auf seinem bis- herigen Posten verbleiben will. Wie ist derarti- ges möglich? Die Entschuldigung, mit der die amtlichen Stellen heute den offensiblen Mißer- folg des Neulings in auswärtigen Dingen, Hermann Müller, verkleistern wollen, steht nicht. Danach wäre es nämlich nicht nötig gewesen, daß unsere Regierung vorher das Agreement hätte einholen müssen, weil nach diplomatischem Brauch dieses sogenannte Agreement nur bei Gesandten, nicht aber bei Geschäftsträgern vorher eingeholt würde. Im übrigen wäre der Verband bei seinen Ernennungen ebenso verfahren. Was der Verband tut oder getan hat, kann hier füglich außer acht bleiben; wir haben uns allein nach den Grundätzen zu richten, die für die Besetzung dieser Auslandsstellen für uns hätten maßgebend sein müssen. Und die hätten, zumal bei der völlig neuen Anknüpfung unserer Beziehungen mit den übrigen Völkern der Erde, zur allergrößten War- scheinlichkeit und Umficht mahnen sollen. Was wäre denn viel versäumt worden, wenn die Namen die- ser Kandidaten eine Woche später vor das Forum der Öffentlichkeit getragen worden wären? Nichts,

gar nichts! Höchstens, daß die neugierige Wiß- begier ein ger Blätter, deren Orakel seit Monaten schon um diese Frage gewissagt hatten, noch eine Zeitlang unbefriedigt geblieben wäre. Aber hier hat die Regierung, einer ursprünglich besseren Ein- sicht entgegen, anscheinend nachgegeben. Denn ursprünglich hatte sie mit Recht durch ihre Ver- treter immer wieder unterstreichen lassen: Geduld, die Sache eilt nicht. Wir kommen immer noch zur Zeit. Mit einmal aber standen dann die Na- men der Erwählten vor der Öffentlichkeit, und niemand hier wußte recht, warum plötzlich und wie- so. Der Erfolg ist da, und Tatsache ist die Zurück- weisung unseres Auswärtigen Amtes bei zwei Ge- legenheiten, die unbedingt hätten vermieden wer- den müssen, und bei einiger Einstellung auf das Psychologische der anderen, von dem unter dem neuen Regime immer so viel geredet, aber nach dem unter diesem Regime keineswegs verfahren wird, auch hätte vermieden werden können. Darüber besteht in den Kreisen der Sachleute gar kein Zweifel!

Neuerdings haben wir wieder in erhöhtem Maße zu rechnen mit jener Tendenz der französi- schen Politik, die man früher als „Reinbun- d- politik“ oder „Politik der Mainlinie“ bezeich- net hat. Sie steht je länger je mehr in Verbindung mit den Geschehnissen in den Ländern der frühe- ren Donaumonarchie. Die neueste Entwicklung in Ungarn ist die, daß die Pariser Botschafterkon- ferenz sich gegen die Wiedereinführung der Habsburger ausgesprochen hat. So sind wenigstens für die nächste Zeit und für dieses Land die ehrgeizigen Pläne dieser Dynastie zuschanden gemacht, deren verräterische Anträge im Kriege für uns eine so unheilvolle Rolle gespielt haben. Und doch gibt es Anzeichen genug, daß diese an Ungarn erteilte Abgabe noch keine endgültige Stellungnahme auch gegenüber anderen von Wien ausgehenden Wünschen und Hoffnungen der Habsburger und der sie stützenden Kreise bedeutet. Eine Schilderung der mannigfachen und verworren- ten Entwicklung dieser politischen Zusammenhänge kann hier nicht gegeben, sondern es kann nur wie- derholt werden, daß Deutsch-Oesterreich in der jetzi- gen Form nicht lebensfähig ist, daß in einzelnen seiner Länder im Gegensatz zu Wien und zu der unterwürfigen und wechselvollen „Politik“ des Staatskanzlers Renner starke Bestrebungen be- stehen, zum mindesten einen wirtschaftlichen An- schluß an das benachbarte Deutsche Reich schon jetzt zu vollziehen, bezw. wo er bereits teilweise voll- zogen ist, ihn immer weiter auszubauen. Die inner- politischen Entwicklung Bayerns und gewisse dort deutlich sichtbare partikularistische Tendenzen geben weiteren Anlaß, einer Entwicklung nicht ohne Sorge, jedenfalls aber recht interessiert zu folgen, die ihre äußere Kennzeichnung durch die angeblich beabsichtigte Entsendung französi- scher Vertreter nach München und Stuttgart erhalten soll. Die Anschlußfrage der deutschen Länder Oesterreichs, die in der brei- ten Öffentlichkeit heute gegenüber anderen Sor- gen in den Hintergrund getreten ist, die aber früher oder später wieder zum akuten Problem der deut- schen Außenpolitik werden muß, kann nur dann im Sinne deutscher Reichsinteressen gelöst werden, wenn das Mutterland die jetzige Parteizerküftung zu überwinden und sich unter neuer Führung durch die Gefahren, die es von innen und außen be- drohen, hindurchzurufen vermag.

## Aus Welt und Zeit.

Ein Evangelium für die kommenden Geschlechter Deutschlands.

Das Buch Ludendorffs wird mit einem Vorwort des Generals Naat bei Panot in Paris herausgegeben. Joseph Gallier veröffentlicht im „Temps“ einen langen Aufsatz. Er schließt mit der Versicherung, daß dieses Buch für die kom-

menenden Geschlechter Deutschlands ein An- Evangelium sein werde. „Es wird ihnen Freude machen, darin die Wahrheit zu finden, daß die deutschen Armeen nicht vernichtet wurden, daß der Kampf bis aufs Äußerste möglich war, und daß der Friede ganz anders hätte aussehen kön- nen!“

## An den Brang.

In der in Köln erscheinenden „Kölner Zei- tung „Cologne Post“ der englischen Rheinarmee Nr. 258 vom 29. Januar 1920 finden wir fol- gende Anzeige (Übersetzung): „Wenn Sie Geld anzulegen haben und mehr verdienen wollen, lau- sen Sie jetzt ein Haus oder einen Grundbesitz in Deutschland. Vorteilhafteste Angebote macht Ihnen die Bertramische Grundbe- sitzverwaltung, G. m. b. H., Köln, Ka- mekestr.“ — So wirken ohne jedes Schamgefühl deutsche Firmen am deutschen Ausverkauf!

## Schiller und die Gegenwart.

Daß nicht zuviel uns an die Menschen glauben. Die Piccolomini. Der Koller Herz ist wankelmütig, Fürstin, Sie lieben die Veränderung; Sie glauben Durch eine neue Herrschaft zu gewinnen. Der Lüge lecke Zuversicht reißt hin, Das Wunderbare findet Günst und Glauben. Demetrius.

Die wankelmütige Menge, Die jeder Wind herumtreibt! Wehe dem, Der auf dies Rohr sich lehnet!

## Maria Stuart.

Woh! ihnen, die dem Volk die Augen halten, Daß es dem wahren Besten widersteht.

## Teil.

In solchen Fällen tut das Beispiel alles. Der Mensch ist ein nachahmendes Geschöpf, Und wer der Vorderste ist, führt die Herde.

## Wallensteins Tod.

Schmachvolles Benehmen der Stadtverordneten von Schönlsee.

Nach einer Meldung des Posener Tageblattes hat die Stadtverordnetenversammlung der west- preussischen Stadt Schönlsee beschlossen, 4000 Mark zum Empfang bei der Uebernahme der Stadt durch die Polen zu bewilligen. Der Be- schluß ist umso schmachvoller, als die Schönlsee- Stadtverordnetenversammlung kaum ein Pol- angehört. Ganz anders verhielten sich dagegen die Polen. Bei den Neuwahlen zum Präsidenten der Posener Stadtverordnetenversammlung sollte sich herausstellen, wie die Polen die feierlich ver- sprachene Rücksicht auf die Rechte der deutschen Minderheiten tatsächlich auszuüben gedenken. Eine Posener Meldung berichtet darüber: Zu Punkt 1 der Tagesordnung, Wahl des Präsidiums der Stadtverordnetenversammlung, erklärte der Stadtverordnete Götting, daß die deutsche Frak- tion mit 17 Mitgliedern Anspruch auf einen Sitz im Stadtpräsidium erhebe. Vor zehn Jahren habe die deutsche Stadtverordnetenversammlung für einen Polen, obwohl die polnische Fraktion nur 11 Mitglieder zählte, eine fünfte Stelle ge- schaffen, die dem gegenwärtigen Alterspräsidenten Offiziers übertragen wurde. Wir erwarten von der polnischen Mehrheit, so sagte er, jetzt dasselbe Entgegenkommen. Der Stadtverordnete Nowakowski, Dr. v. Kiezkowski, führte darauf aus, daß das Verlangen der Deutschen zwar nicht unberechtigt sei, aber man lebe ja zurzeit noch in keinem nor- malen Verhältnis mit Deutschland, und er weise den Antrag daher zurück. Die Wahl ergab eine Minderheit für die Deutschen, so daß nur Polen in das Präsidium gewählt wurden. Es wäre doch hier für die polnische Mehrheit eine Ehrenpflicht gewesen, die so oft gerühmte polnische Ritterlich- keit einmal in die Tat umzusetzen. Dieser Beweis der polnischen Unterdrückungslüste sollte aber auch den Schönlsee Stadtvätern eine Lehre sein. Die 4000 Mark werden sie nicht vor einem gleichen Schicksal bewahren.

## Herr Landsberg.

unser neuer diplomatischer Vertreter in Brüssel, soll, wie die Kreuz-Zeitung behauptet, in Bel- gien auf großen Widerstand stoßen. Wenn die

dort regierenden Kreise aus Rücksicht auf die eigene Sozialdemokratie Herrn Landsberg auch formell nicht ablehnen zu wollen schienen, so schätzten sie doch als Deutschlands Vertreter weder den Juden noch den Sozialdemokraten. So behauptet, wie schon gesagt, die Kreuz-Zeitung wohl im verständlichen Gefühl der Erbitterung über unsere neue diplomatische Auslese.

#### „Vorwärts“-Gemeinheiten.

Unter dieser Überschrift wird dem „Hannov. Kurier“ aus Berlin geschrieben:

Der „Vorwärts“ bucht die Tatsache, daß der frühere bairische Minister, der Genosse Ehrhard Auer, der sich unter den 100 Genossen des Bundes befindet, in dem fremden feindlichen Gericht stellen werde, „damit Volk und Regierung vor neuen Schwierigkeiten nicht hülfe und die erhobenen Vorwürfe aufzuheben würden“. Das Blatt knüpft daran dann die Anmerkung, daß diese Erklärung des Genossen Auer vielleicht manchem politisch nicht zweckmäßig erscheinen werde, daß aber niemand leugnen könne, daß sie menschlich außerordentlich sympathisch sei. „Auer zeigt sich als ein echter Sozialdemokrat, der die eigene Person hinter das Ganze zurückstellt und vor der Gefahr nicht zurückschreckt. Er steht in einem erfreulichen Gegensatz zu dem General Ludendorff, der bei Ausbruch der Revolution nach Schweden auswich und sich jetzt an die Spitze derer gestellt hat, die auf keinen Fall sich Annäherlichkeiten zuzugestehen entschlossen sind.“ Unlängst erst ist festgestellt worden, daß Ludendorff mit ausdrücklicher Zustimmung der Regierung nach Schweden gegangen ist, einmal, um die damals herrschenden innerdeutschen Schwierigkeiten nicht noch mehr zu verschärfen, zum andern auch, weil er von revolutionären Menschen dem Vandalen droht war, für deren Dörschlag aus dem Land er allerdings zu schade gewesen wäre.

Diese durch keinerlei Notwendigkeit herausgeforderte Erniedrigungsabsicht einem Ludendorff gegenüber nicht wieder die ganze brutale Gehässigkeit des „Vorwärts“? Deutschlands schwerste Stunde ist ihm gerade gut genug, um seine kümmerlichen Parteifreier wieder aufschwelen zu lassen.

#### Die langlebigen Kriegsgesellschaften.

Vor Wochen schon hatte der Reichsrat eine Prüfung der gesamten Geschäftsführung der Kriegsgesellschaften beschlossen. Diese Prüfung soll einem Ausschuss obliegen, in dem u. a. auch Mitglieder der Nationalversammlung vertreten sein sollen.

Während heute die Befehlsgebungsmaschine in überhastetem Tempo läuft, schweigen sich über die Kriegsgesellschaften die amtlichen Stellen aus, und doch, wie gerade in dieses Dunkel hineingelegt werden muß, hat die auf vielfältige Drängen verhängte Nachweisung der bei den Kriegsgesellschaften auf Privatdienstvertrag Angestellten mit einem Jahresgehalt von mehr als 12.000 M. ergeben. Aus der Aufstellung erhellt nachdrücklich und sonnenklar, daß bei den Kriegsgesellschaften mit den Geldern unverantwortlich gewirtschaftet wurde. Diese eine Tatsache steht fest, über die eigentlich die Geschäftsgebarung schwebt aber noch tiefstes Dunkel.

Neuerdings ist die Frage des Untersuchungsausschusses für die Kriegsgesellschaften von dem Abgeordneten Dr. Nießer, Vorsitzender des Präsidiums des Hanabundes, in einer Anfrage, aus welchen Gründen die zur Bildung dieses dringend notwendigen Ausschusses erforderlichen Maßnahmen noch immer nicht getroffen sind, insbesondere weshalb die Nationalversammlung noch nicht aufgefordert worden ist, die von ihr in diesen Ausschuss zu entsendenden Mitglieder zu wählen, wieder aufgenommen worden. In seiner Antwort an den Abgeordneten Nießer wird vom Reichswirtschaftsminister darauf hingewiesen, daß im Verständnis mit dem Reichsrat die Wahl der Nationalversammlung zu stellenden Mitgliedern sich auf 21 erhöht, deren Benennung noch überfällig ist, damit die Untersuchungskommission ihre Tätigkeit beginnen kann. Der Vorschlag wird sich also aus 7 Mitgliedern der Reichsregierung und 14 Mitgliedern des Reichsrats zu-

Unsere Freunde wollen dem „Beobachter“ ihre Anzeigen zuweisen, nicht nur die Geschäfts-, sondern auch die Familien-Anzeigen. Die Leser des „Beobachter“ müssen wissen, daß das sie verbindende geistige Band einen materiellen Einschlag wohl vertragen kann.

ammenziehen, die als Regierungsvertreter den 21 Mitgliedern der Nationalversammlung gegenüberstehen. Hoffentlich kommt nun endlich diese die Öffentlichkeit seit fast Jahresfrist beunruhigende Angelegenheit wenigstens in Fluß. —

#### Aus der Partei.

Glänzende Wahlerfolge der D. N. P. in Hessen.

Darmstadt, im Februar. Bei den Wahlen für die Kreis- und Provinzialvertretungen haben die Demokraten und Sozialdemokraten eine schwere Niederlage erlitten. Das Gesamtergebnis steht noch aus, doch ist an dem Ausgange kein Zweifel. In der Stadt Darmstadt sind folgende Stimmen gezählt worden: Deutsche Volkspartei 8033, Sozialdemokraten 5265, Demokraten 2974, Zentrum 1693, Deutschnationale 1215, Unabhängige 1033, Handwerker 863. Die Demokraten verloren 50 Proz., die Sozialdemokraten 30 Proz. Der Sieg der Deutschen Volkspartei ist glänzend.

#### Frauenpartei und Deutsche Volkspartei.

Der Reichsfrauenauschuss der Deutschen Volkspartei hat in seiner letzten Sitzung zu der Frage der Gründung einer Frauenpartei die folgende Entschließung einstimmig angenommen: Der Reichsfrauenauschuss der Deutschen Volkspartei lehnt die Bestrebungen zur Gründung einer Frauenpartei auf das entschiedenste ab, er steht in dem Zusammenschluß der Frauen zu einer Frauenpartei eine verhängnisvolle Zerspaltung, zum Schaden unserer gesamten nationalen und politischen Entwicklung. Die Frauen der Deutschen Volkspartei wissen, daß ihre Interessen innerhalb der Deutschen Volkspartei vertreten sind, und sehen in der Zusammenarbeit von Mann und Frau auf dem gemeinsamen Boden politischer Anschauungen die allein mögliche Form für die politische Betätigung der Frau. Für die Förderung der besonderen Fraueninteressen erkennen sie den bestehenden Bund deutscher Frauenvereine als die geeignete Stelle an.

#### Übernahme der elias-Lothring'schen Beamten.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Stresemann betrifft der Übernahme der aus Elia-Lothringen verdrängten Reichsbeamten in den Reichsdienst, insbesondere der Justizbeamten bairischer Abkunft, entwarfete das Reichsministerium des Innern, Abt. für Elia-Lothringen, folgendes:

„Daß die Übernahme der aus Elia-Lothringen verdrängten Beamten in den Dienst des Reichs allgemein geregelt wird. Es wird hierwegen auf die namens der Reichsregierung am 16. Dezember 1919 in der Nationalversammlung abgegebene Erklärung Bezug genommen. Damit wird auch der berechtigten Wünsche der aus Bayern stammenden elias-Lothring'schen Justizbeamten Rechnung getragen werden. Nach dem jetzigen Stand der Verhandlungen bestände übrigens die Hoffnung, daß die bairische Justizverwaltung schon vorher unter Zurückstellung ihrer bisherigen Bedenken der Übernahme der aus Elia-Lothringen verdrängten Justizbeamten bairischer Abkunft näher treten wird. Für die Unterbringung dieser Beamten im Reichsdienst ist schon bisher nach Möglichkeit gesorgt worden.“

#### Gegen die Auslieferung.

Hamburg. Von der Deutschen Volkspartei, Geschäftsstelle für den Distrikt und

Oberwestfalen, wurde folgende Entschließung gegen die Auslieferung deutscher Staatsangehöriger an fremde Gerichte angenommen: Die Schande, die wir mit der Auslieferung deutscher Staatsbürger zur Aburteilung vor fremden Gerichten auf uns laden, wird dem deutschen Namen anhaften, solange Geschichte geschrieben wird. Wir können uns nicht denken, daß eine deutsche Regierung sich zum Mittel der Entente machen wird, um deutsche Staatsbürger auszuliefern. Wir verlangen, daß die Nationalversammlung ein entscheidendes „Nein“ sprechen und bei diesem „Nein“ bleiben wird. Die Mehrheit des deutschen Volkes wird in dieser Frage, ohne Unterschied der Partei, geschlossen hinter der Regierung stehen. Wir fordern aus diesem Grunde alle Bürger ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit als Deutsche auf, sich durch Unterschriften in die Listen, die an vielen Stellen offen liegen, geschlossen gegen die Auslieferung zu richten.

#### Rundgebung in Wittenberg.

Zur Verteidigung der christlichen Weltanschauung rief der Abgeordnete Dr. Mittelman in einer großen Rundgebung der Deutschen Volkspartei auf, die dieser Tage in der alten Lutherstadt Wittenberg stattfand. Der Brandenburg-Preussische Staat, auf dem Deutschland seinen Endes beruhte, so führte der Redner aus, ist mit der Reformation aufs engste verbunden. Wenn es schlecht bestellt war um Preußen, wenn das Glück sich wandte von den Jahren Brandenburgs und Not und Elend ihren Einzug hielten, dann hat in dem Born des Glaubens unser Volk stets neue Stärkung gefunden. Wenn aber auch die Reformation, so führte der Redner weiter aus, mit Recht als eine der Grundlagen des preussischen Staates und somit des nunmehr zu Grabe gegangenen neuen deutschen Kaisertrums bezeichnet wird, so wollen wir doch nicht vergessen, daß das, was 1517 die Welt erbeutete, was im Dreißigjährigen Kriege unser Volk um Jahrhunderte der Entwicklung zurückwarf und was auch im Kulturkampf der siebziger Jahre alte Wunden erneut bluten ließ, uns heute nicht trennen darf, denn ob Protestant oder Katholik, die christliche Weltanschauung, die nationale christliche Kultur schließlich ist es, die der Internationalismus in jeder Art und Gestalt heute bedroht und die zu verteidigen hehrste nationale Pflicht des ganzen deutschen Volkes sein sollte. Abgeordneter Dr. Mittelman schloß diesen Teil seiner mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede mit der Forderung: Darum zurück zur christlichen Weltanschauung, zurück zu jenem tiefinnerlichen, unverwundlichen Glauben, der den Brandenburg-Preussischen Staat durch alle Phasen seiner schicksalreichen Entwicklung geleitet hat. Aus dieser starken Wurzel wird auch in der unsagbar schweren Zeit unserer Tage neues Heil und neuer Segen erwachsen.

#### Gründung einer Lehrergruppe.

Der starke Zugana, den die Deutsche Volkspartei in der letzten Zeit auch aus Lehrkreisen verzeichnen darf, hat zur Gründung einer besonderen Lehrergruppe innerhalb der Partei geführt. Die Gründungsversammlung hat in Potsdam stattgefunden. Das Mitglied der Preussischen Landversammlung, Rektor Hoffmann, hielt bei dieser Gelegenheit einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die „Kulturpolitik der Deutschen Volkspartei“. Bereits Ende Februar wird eine Vertreter-Sitzung einberufen, zu der alle Ortsvereine Delegierte entsenden werden.

#### Schne für den französischen Frevel an dem Märtyrer-Wälder Id.

Der Abgeordnete Dr. Mittelman hat folgende Anfrage an die Regierung gerichtet: In der Marine-Fahrschule zu Mürwik ist Breßmehdungen zufolge am 2. Februar das vom Kriegsschiff „Bücher“ stammende Gölonschiff „Bücher“ durch ein französisches Kommando mit

Beilen zerschlagen und auf den Dächerhaken geworfen worden. Wenn diese auf den ausbrüchlichen Befehl französischer Offiziere vorgenommen eine gemeine Handlung auch der Liebe, mit der das deutsche Volk gerade in dieser schweren Zeit an Preußens größtem Helden aus der Befreiungszeit hängt, keinerlei Abbruch tun kann, so stellt die Freibeit doch zweifellos eine Beleidigung allerhöchster Art dar, die gebieterisch Genugtuung erhebt. Bestrafung der Schuldigen, Neuankündigung des zerschlagenen Bildwerks sowie Zahlung eines größeren Betrages, etwa für Mahnwachstumszwecke, wäre das Geringste, das in dieser Hinsicht zu fordern wäre. Ist die Reichsregierung bereit, mitzutreten, ob und wann sie Schritte in diesem Sinne unternommen hat und welche Erfolge diese bisher hatten?

#### Die gekündigten Landarbeiter.

Nachdem am Dienstag Nachmittag nach kurzer Debatte das Gesetz über den Siedlungsverband Ruhrbezirk einer Kommission überwiesen worden war, besetzte man sich am Mittwoch wieder in eifriger Behandlung mit landwirtschaftlichen Fragen. Von dem mehrheitssozialistischen Abgeordneten Schmidt-Röpench war eine förmliche Anfrage über die Entlassung von Landarbeitern vorgelegt worden. Schmidt-Röpench begründete seine Anfrage in einer ausführlichen Rede, die von Angriffen gegen die landwirtschaftlichen Unternehmer kochte. Ein Redner der Unabhängigen polemisierte heftig gegen den Uebermut und gegen die Profitgier der „Landeliebhaber“. Der Abgeordnete Dr. Stendel von der Deutschen Volkspartei erklärte, daß seine Parteigenossen es durchaus mißbilligten, wenn in Bommern Landarbeitern gekündigt worden sei. Hoch weil sie den Gewerkschaften angehörten. Er wandte sich scharf gegen den Abgeordneten Schmidt-Röpench, der direkt zum Terror gegen die Landwirte aufsteigt und die ganze Angelegenheit als Agitationsmittel benutzt habe. Sehr zu bedauern sei es, daß von den Landarbeitersorganisationen der Landbund so sehr angegriffen werde; dieser Bund stehe auf dem Standpunkt, daß die Besitzer und die Unternehmer mit ihren Mitarbeitern zusammen arbeiteten. Er sei auch bereit, Tarifverträge abzuschließen. Es wäre nötig gewesen, daß der Minister Braun als verantwortliche Stelle in der Regierung einen scharfen Ton gegen den Terror erhoben und Maßnahmen dagegen angekündigt hätte. Es sei sogar vorgekommen, daß Hufsträke, die auf das Land gerufen worden seien, angegriffen worden seien, weil sie sich am Streik nicht beteiligten hätten. Von dem Terror der Landarbeitersführer erwiderte er verschiedene Beispiele an, so u. a. eines, wo der Besitzer sogar von den Arbeitern tödlich angegriffen worden sei.

#### Eigenartige Aufklärung.

Uns wird von einer eigenartigen Versammlung berichtet, die am Freitag, dem 23. Januar in Hamm stattgefunden hat. Im Auftrage des Reichsfinanzministeriums hatte der Heimatdienst für Westfalen etwa 250 Einladungen losgelassen für eine Aufklärungsversammlung, in der Dr. Beusch über wichtige Finanzfragen sprechen werde. Ungefähr 200 der Eingeladenen waren erschienen, gab es doch Tagesfelder und Rückerstattung der Auslagen für die Bahnfahrt. So konnte man sich ja immerhin die Sache einmal ansehen und abwarten, was da kommen sollte. In der Hauptsache waren vertreten Lehrer und Gewerkschaftsfunktionäre, einzelne höhere Beamten, Fabrikanten, Vertreter freier akademischer Berufe, einige Parteimänner, kaum ein Deutschnationaler, wenig Volksparteiler, meistens Sozialdemokraten und Zentrumsleute. Alle diese waren angeblich Vertrauensleute des Heimatdienstes. In Wirklichkeit kannten viele die Einrichtung kaum dem Namen nach. Die ganze Veranstaltung lief auf eine Rechtfertigung der Finanzpolitik Erzbergers hinaus. Die Steuerreform, so bemerkte der Vortragende, sei nicht nur sozial, sondern auch ganz im Interesse der Besitzer. Sie sei das beste Mittel der Stärkung der Regierung!

Schwere Kritik erfuhr die Finanzgebarung während des Krieges. Es ist wohl kein Zufall, wenn gerade hier immer wieder der Name Helfferich genannt wurde, wenn nach der Meinung des Redners das Zentrum allein eine vernünftige Steuerpolitik gewollt habe. Die Friedensresolution von 1917 war — auch eine Behauptung des Redners — schon aus dem Grunde richtig, weil wir damit mindestens 70 Milliarden Mark Kriegsausgaben gespart hätten. Die Sparprämienanleihe sei natürlich auch kein Fehlschlag. Die Regierung verschwende keineswegs. (Die Kosten der Versammlung in Hamm werden allein auf 25 000 Mark geschätzt.) Dann wurde noch eine systematische Zusammenstellung der beschlossenen und noch zu beschließenden Steuern gegeben. Sehr eigenartig berührte schließlich auch die Stellungnahme des Referenten selbst. Derselbe Dr. Beusch, der hier die Anleihepolitik des Krieges in Grund und Boden verurteilt hat, hat einst für die Kriegsanleihe geworben, und den Sieg in nahe Aussicht gestellt, wenn nur tüchtig gezeichnet würde. Welt statt einer Aussprache nur kurze sachliche Fragen zugelassen wurden, schließt die Bielefelder Westfälische Zeitung einen Verzicht über diese merkwürdige Versammlung mit folgenden drei wohlbedachten Fragen: 1. Welchen Erfolg erwartet man und erreicht man durch solche „Aufklärung“? 2. Woher bekommt der „Heimatdienst“ die Gelder? 3. Wenn das Reichsfinanzministerium die Sache finanziert, wie verbucht es solche Ausgaben? — Werden in ganz Deutschland solche schönen Versammlungen gehalten, wie diese seltsame Versammlung in Hamm?

Siegen, Bezirk Nord, 9 Febr. Der auf Samstag, den 14. d. Mts. angesetzte Familienabend wird hiermit auf Donnerstag, den 19. Febr., verschoben. Außer Verboten müssen musikalischer und deklamatorischer Art wird ein Vortrag über ein fesselndes zeitgemäßes Thema von Herrn Nitschke das Programm ergänzen. Ein gemütliches Kaffeetrinken soll die hoffentlich recht zahlreich erscheinenden Mitglieder noch zwanglos vereinigen.

Siegen, Bezirk West, 11. Febr. Der rührige Vorsitzende des Bezirks West, Herr Ingenieur Reichelt, hatte am Dienstag Abend in der Wirtschaft Schneider, Freudenberger Str., einen Herrenabend veranstaltet, der recht gut besucht war. In der Aussprache beschäftigte man sich eingehend mit der Auslieferungsfrage und der Bodenreform. In der Auslieferungsfrage erörterte man die Rechte der Bauern über einen bevorstehenden Anfall der Regierung und es wurde allgemein der heftige Wunsch laut, die Regierung möge doch in dieser Frage fest bleiben und somit diese lurthore Schmach der Auslieferung Deutscher an fremde feindliche Mächte von dem Vaterlande abwenden. In der Frage der Bodenreform unterhielt man sich hauptsächlich über das Erbbaurecht unter besonderer Berücksichtigung der heimatischen Verhältnisse. Es zeigte sich dabei, daß ungeheure Schwierigkeiten dem Bodenreformer entgegenstehen. Die starken Anregungen des Abends ließen bei allen Anwesenden den Wunsch nach einer baldigen ähnlichen Zusammenkunft laut werden, vielleicht gar solche Abende zu einer ständigen Einrichtung werden zu lassen.

Weidenau, 7. Febr. Die angekündigte Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Weidenau der D. V. P. war gut besucht. Herr Fabrikant Grede leitete die Versammlung. Herr Geschäftsführer Nitschke sprach über die Arbeit der Ortsgruppen. In der Diskussion beteiligten sich die Herren Grede, Rüd. Daub, Menckel. Die nächste Sitzung wurde auf Freitag, den 27. Febr., 8 Uhr abends, in der Wirtschaft Kottmann festgesetzt.

Oberfelden, 10. Febr. Auf Wunsch der Ortsgruppe Oberfelden sprach am Montag, dem 9. ds. Mts., Herr Geschäftsführer Nitschke aus Siegen über die wirtschaftliche Lage und die Gefahren des Bolschewismus. In der auf besuchten Versammlung zeigte sich das lebhafteste Interesse für das Thema. Am Anschluß an den Vortrag wurde der Vorstand der Ortsgruppe gewählt.

1. Vorsitzender wurde Herr Lehrer Stelmamp, Schriftführer Herr Jung, Schatzmeister Herr Kaufmann Wachenbach. Es wurde beschlossen, die nächste Sitzung als Familienabend zu gestalten. Die Vorarbeiten dazu sind schon im Gange.

Beckdorf. Die hiesige Ortsgruppe der D. V. P. veranstaltet am Montag, dem 16. Febr., abends 8 Uhr, im Breidenbacher Hof eine öffentliche Versammlung, in der Herr Geschäftsführer Nitschke aus Siegen sprechen wird über das Thema: Geistige und sittliche Wiedergeburt unseres Volkes — Schulpolitik der Regierung und Elternbeiräte.

Dahlbruch. Die Ortsgruppe Dahlbruch der D. V. P. veranstaltet im Laufe der nächsten Woche eine öffentliche Versammlung, zu der Herr Geschäftsführer Nitschke aus Siegen sein Erscheinen zugesagt und einen Vortrag übernommen hat. Alles Nähere wird durch die Siegener Zeitung bekanntgegeben werden.

Laasphe. Auf Wunsch der Ortsgruppe Laasphe der D. V. P. wird in nächster Zeit Herr Geschäftsführer Nitschke über ein noch näher zu bestimmendes Thema in einer öffentlichen Versammlung sprechen.

#### Versammlungskalender:

Beckdorf, den 16. Febr., 8 Uhr abends, Breidenbacher Hof Vortrag: Geistige und sittliche Wiedergeburt unseres Volkes — Schulpolitik und Elternbeiräte. Redner: Herr Nitschke.

Siegen, Bezirk Nord: Am 19. Febr., abends 8 Uhr, Familienabend in der Wirtschaft Weyer, Sieghütterhauptweg 78. Redner: Herr Nitschke. Bezirk Süd: Mitgliederversammlung.

Bezirk Ost: Mitgliederversammlung. Weidenau. Mitgliederversammlung am 27. Febr., abends 8 Uhr, in der Wirtschaft Kottmann. Redner: Herr Nitschke.

Die Bezirksgruppenvorsitzer und Ortsgruppenvorsitzer werden hiermit gebeten, alle Mitteilungen an die Mitglieder an dieser Stelle bekanntzugeben.

Bei Huthsteiner, Siegen, Bahnhofstraße, treffen sich jeden Mittwoch von 6—8 Uhr die Parteifreunde an einem Parteikammlisch; Auswärtige willkommen.

Verantwortlich herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei (Herrn Klingendorfer, Vorsitzender), Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 54, sämtlich in Siegen.

**Ausklippen!** **Ausfüllen!**  
**Postfrei an die Post senden!**

Hiermit bestelle ich für die Monate März und April die Wochenchrift

**„Der Beobachter“**

(Erscheinungsort Siegen).

Das Blatt bitte ich in meiner Wohnung abzugeben — werde ich am Postkasten abholen.

(Nicht Zutreffendes zu durchstreichen.)

Name \_\_\_\_\_

Wohnort \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

## Bekanntmachung.

Den Aktionären der Geisweider Eisenwerke A.-G., Carlslager  
I. H. Brosler sen., Geisweide, geben wir davon Kenntnis, daß  
die in unserer Januar-Bekanntmachung gestellte Bedingung,  
daß eine genügende Anzahl Aktien der Geisweider Eisen-  
werke zum Umtausch bezw. Ankauf angestellt werden müsse,  
erfüllt worden ist.

Die unterzeichneten Stellen sind daher ermächtigt, im  
Auftrage und für Rechnung des Lothringers Hütten- und Berg-  
werks-Vereins A.-G., Ranzel, den Umtausch bezw. Ankauf von  
Geisweider Aktien zu den hierunter nochmals verzeichneten  
Bedingungen nunmehr vorzunehmen.

Für jede Vorzugsaktie der Geisweider Eisenwerke mit Ge-  
winnanteilschein für 1919/20 ff. werden nach Wahl der  
Aktionäre gewährt:

entweder 2 Aktien des Lothringers Hütten- und Berg-  
werks-Vereins mit Gewinnanteilschein 1919/20 ff. und  
eine Barentschädigung von M. 3000.—

oder eine Aktie des Lothringers Hütten- und Bergwerks-  
Vereins mit Gewinnanteilschein 1919/20 ff. und eine  
Barentschädigung von M. 5000.—

oder eine Barentschädigung von M. 7000.—

Für jede Stammaktie der Geisweider Eisenwerke mit Ge-  
winnanteilschein 1919/20 ff. werden nach Wahl der Aktionäre  
gewährt:

entweder eine Aktie des Lothringers Hütten- und Berg-  
werks-Vereins mit Gewinnanteilschein 1919/20 ff. und  
eine Barentschädigung von M. 3500.—

oder eine Barentschädigung von M. 5500.—

Zu den obigen Bedingungen werden weitere Geisweider  
Aktien bis zum 12. Februar 1920 umgetauscht.  
Februar 1920.

R. Schaffhausen'scher Bankverein, Köln  
Direktion der Disconto-Gesellschaft, Berlin  
Deutsche Bank, Berlin  
Nationalbank für Deutschland, Berlin  
Commerz- und Diskontobank, Berlin  
A. Levy, Köln  
Deichmann & Co., Köln  
I. H. Stein, Köln  
Joh. Ohligschläger, G. m. b. H., Eichen  
Kückner & Co., Duisburg.

## Ernst Siebeler Siegen

Bergwerks- u. Effekten-Geschäft,  
empfiehlt sich zur Ausführung von Aufträgen in  
**Kohlen- u. Kali-Kuxen,  
Aktien u. Obligationen**

an den Industrieförsen in Essen und Düsseldorf  
Telephon Nr. 38 u. 1536.  
Telegrammadresse: Bergwerke. 197

1 Waggon

## Ia. Kerzen

eingetroffen.

Geben dieselben nur an Wiederverkäufer in größeren und  
kleineren Posten ab  
Verkauft nur ab Lager, Bahnhofstraße 20. (7244)

**Gust. Haubrich**  
Kirchen (Sieg). — Telephon 201.

## Walzdraht Eisendraht

in taugen Röhren und allen Stärken sofort ladungsweise zu kaufen  
gekauft

**Reis & Füllmann, G. m. b. H., Heidelberg**  
Telegr. Reichsdruckerei.

## Laden- Kontrollkassen

liefern in verschiedenen  
Ausführungen (s. 127)  
Gebr. Wolf, Siegen.



## Pianos

Herm. Loos

G. m. b. H.  
Piano-Fabrik  
Siegen, Bahnhofstr.

## Kleinkunst- bühne

Anfang des Programms: Wochen-  
tags 7<sup>1/2</sup> Uhr. Sonn- und Feier-  
tags 4 u. 7<sup>1/2</sup> Uhr, sowie von  
11—12<sup>1/2</sup> Uhr Frühlingsvorstellung.

Auftreten des neu engagierten  
Künstlerpersonals

**Rolf Uhlend**

der Meister der Universalkunst.

**A. K. A. Comp.**

Rheinisches Pörsen-Quartett.

Neu! Neu!

**Hans de Werth**

mit seiner ausserordentlichen  
Neuheit.

Neu auf dem ganzen Kontinent!  
Erstmaliges Auftreten in Siegen.

Neu! Neu!

## Für Wildschweine Büchseflinte

Cal. 16 mit Wechselrohren,  
gebraucht.

Fr. Koerner.

## Für Handel u. Industrie

liefert in zeitgemäßer, vor-  
nehmer Aufmachung

## Druckmaschinen

**Buchdruckerei  
W. Vorländer**  
Siegen.

Obergraben. — Tel. 28 u. 142.

## Deutsche Volkspartei Siegen.

Geschäftsführer: **P. Nitschke.**

Geschäftsstelle: **Brüderweg 1.**

Fernsprecher 1442.

## 2 Bassins

Grundfläche 64x200, Höhe 110, aus verzinktem Eisen-  
blech, zu verkaufen.

Schmitt, Anna u. unter F. R. 459 an die Geschäftsst. d. Sta.

## Bücherrevisor Klenke's Kontroll-Tagebuch

als einziges Grundbuch für alle geschäftlichen und persö-  
nlichen Geld- und Waren-Ein- und Ausgänge, gewährt die  
beste Kontrolle über alle Vermögenswerte: Gewinn oder  
Verlust durch die einfachste Eintragung jedes Postens und  
durch nur zweimaliges Schreiben aller Beträge auf einer Zeile

Fertige Bücher in tintenfestem Papier mit 4, 5 und  
7 Soll- und Haben-Spalten sind zu M. 3.— bis M. 45.—  
vorhanden.

3 versch. Musterbogen mit kurzer Anleitung zu 80 Pfg.  
franko zu beziehen durch C. W. Klenke, G. m. b. H. in  
Hilchenbach, Postscheckkonto Köln Nr. 93

In Siegen vorrätig bei Louis Thomas u. Gebrüder Wolf.

Zu Abschlüssen von Lebens- und Renten,  
Versicherungen, Verj. gegen Feuer-  
Einbr.-Diebstahl und Vandalenschäden,  
sowie Einzel- und Kollektiv-Unfall-, Haft-  
pflicht- und Automobil-Versicherungen,  
Transport- und Reiseversicherungen, Ma-  
schinenbruch sowie sämtl. andere Versiche-  
rungsarten empfiehlt sich  
**Friedrich Schwank**, Haupt-Agentur erstklassiger  
Gesellschaften, Warburger Tor 32. Fernspr. 664



Nerven- u. Frauenleiden,  
Gicht, Rheumatismus,  
Grippe, Ischias,  
Lähmungen,  
Verkrampfungen  
und andere Leiden

werden in kürzester Zeit geheilt durch

## Wohlmuths

elektro-galvan.

## Heilapparat.

— Behandlung nach fachärztlichem Verfahren. —  
Sprechstunden sowie Behandlungen finden  
regelmäßig statt

Wochentags von 9—12 und 2—6,  
Sonntags von 10—12 Uhr

in unserer Geschäftsstelle

**Siegen, Marburger Tor 32.**

Apparate zur Selbstbehandlung nebst Handbuch  
verkauft und leihweise.



## Lahme und Reite Schweine

werden prompt geheilt durch „Lahm“. Preis  
à Kopf 4.00 M. Versand durch  
Apotheker **Th. Untiedt**, Bevergern i. Westf.